

06.03.2021

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

Tierhaltung: Klöckner stellt Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vor, 02.03.2021

Im Bundeslandwirtschaftsministerium wurden heute (02.03.) die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zu den Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung vorgestellt. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, der Vorsitzende der Kommission Jochen Borchert sowie die Ersteller der Studie waren sich einig, dass die geplanten Maßnahmen zu einem Umbau der Nutztierhaltung möglich sind.

In der Machbarkeitsstudie bewerteten Experten die möglichen Varianten, um den Umbau der Nutztierhaltung zu finanzieren. Infrage kommen eine Verbrauchssteuer auf tierische Produkte, die Anhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes und eine Ergänzungsabgabe auf die Einkommensteuer. Klöckner betonte, dass es jetzt darum ginge, nicht mehr über das "Ob", sondern über das "Wie" der Transformation zu diskutieren.

Für den tierwohlgerechteren Umbau der Ställe und die höheren laufenden Kosten wird in der Studie von 2,9 Milliarden Euro im Jahr 2025, 4,3 Milliarden Euro im Jahr 2030 und 4,0 Milliarden Euro im Jahr 2040 ausgegangen. [...] Nur gemeinsam mit den Landwirten könne das milliardenschwere Projekt gestemmt werden. Staatliche Vorgaben und eine staatliche Förderung, aber auch der Wille der Verbraucher seien für Umsetzung der Maßnahmen notwendig.

Kernvorschläge können umgesetzt werden: [...] Eine Verbrauchssteuer auf tierische Produkte sei mengenbezogen und an den Endverbraucher gerichtet, erläuterte Karpenstein, des weiteren führte er aus, dass eine Anhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes – die zweite diskutierte Möglichkeit – am Preis des Produkts ansetzte. Theoretisch sei eine Erhöhung des Steuersatzes bei tierischen Produkten auf den Normalsteuersatz denkbar. Darüber hinaus könne die Mehrwertsteuer bei allen Lebensmitteln leicht angehoben werden, allerdings müsse in diesem Fall wieder das Diskriminierungsverbot beachtet werden. [...]

<u>Erst EU-Recht, dann nationales Recht ändern:</u> Bochert machte weiterhin darauf aufmerksam, dass nationale Regelungen erst nach Änderungen im europäischen Recht umgesetzt werden könnten. Daher müssten jetzt die europarechtlichen Fragen geklärt werden. Noch bestehe die Chance, die Tierhaltung selbst umzugestalten, so Borchert. Ansonsten würden Gerichtsurteile die Situation verändern. [...]

Klöckner gegen Überrumpelungsmethoden: Im Hinblick auf den Zeitraum der Umsetzung der Pläne unterstrich Klöckner einerseits, dass es unter den Parteien eine große Bereitschaft gebe, an einer Lösung zu arbeiten. So solle die Diskussion über die drei möglichen Wege jetzt ernsthaft und auf allen Ebenen geführt werden. Dabei müsse aber jeder die Chance haben, sich mit der umfangreichen Studie zu beschäftigen und sich auf dieser Grundlage eine eigene Meinung zu bilden. Deshalb sprach sich die Bundesministerin gegen "Überrumpelungsmethoden" aus. Es sei kein Wahltermin entscheidend, sondern das Ziel.

<u>Bauernverband für schnelle Umsetzung:</u> Der Deutsche Bauernverband (DBV) sieht in der Machbarkeitsstudie eine klare Bestätigung der Vorschläge des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung. Der Umbau der Nutztierhaltung könne gelingen, "wenn die Handlungsempfehlungen der Studie nun rasch und vor allem in Gänze umgesetzt werden", erklärte DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken.

Vorrang hat aus Sicht Krüskens jedoch, einen Umbau überhaupt baurechtlich möglich zu machen sowie ein tragfähiges langfristiges Finanzierungskonzept. Viele Landwirte würden in den Startlöchern stehen, brauchten aber dringend Planungssicherheit. Entscheidend sei eine langfristige Verlässlichkeit der vorgeschlagenen Tierwohlprämien. Fünf oder sieben Jahre seien keine verlässliche Grundlage, sagte Krüsken. Zum anderen sei für die vereinnahmten Mittel eine langfristige Zweckbindung erforderlich, damit das Geld dauerhaft beim Landwirt ankommt. [...]

<u>DRV fordert Anpassungen im Bau- und Immissionsschutzrecht:</u> Dass die Diskussion über die Empfehlungen der Borchert-Kommission weitergeführt wird, begrüßt der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, Franz-Josef Holzenkamp. Noch in dieser Legislaturperiode sollte der rechtliche Weg für die Umsetzung der Maßnahmen geebnet werden, so Holzenkamp. Die Empfehlungen böten "die Chance, die Tierhaltung in Deutschland zukunftsfähig zu machen und gesellschaftlich auf eine breite tragbare Basis zu stellen", heißt es in einer Pressemitteilung des DRV. [...]

CDU will zügig Finanzierungsstrategie aufstellen: Albert Stegemann, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, will noch in dieser Wahlperiode eine erste Grundsatzentscheidung über die Finanzierung der Maßnahmen treffen. Dazu brauche es in der Koalition einen gemeinsamen Willen. Außerdem müssten die Mittel unmittelbar den Betrieben zur Verfügung stehen, die in mehr Tierwohl investieren wollen. [...]

Quelle: agrarheute.com

Erster ASP-Fall in Frankfurt (Oder), 04.03.2021

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) hat Frankfurt (Oder) erreicht. Das Nationale Referenzlabor am Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) hat den amtlichen ASP-Verdacht am Donnerstagnachmittag (4. März) bestätigt. Dabei handelt es sich um einen Wildschwein-Kadaverfund im Bereich der nördlichen Oderwiesen der Stadt Frankfurt (Oder). Der Kadaver wurde östlich der festen Wildschweinbarriere gefunden. Es ist der erste offizielle ASP-Fund in Frankfurt (Oder). Mit dem aktuellen Fall erhöht sich die Zahl der bisher bestätigten ASP-Fälle in Deutschland auf insgesamt 776.

"Zunächst bin ich froh, dass ganz offensichtlich der Schutzzaun wirkt, denn das Tier wurde vor dem Zaun zur Oderseite hin gefunden", erklärte Verbraucherschutzministerin Ursula Nonnemacher in einer Pressemitteilung. Der neue Fund zeige jedoch auch, wie stark der Seuchendruck aus Polen weiterhin sei. "Oberstes Ziel ist es festzustellen, ob das Seuchengeschehen auf die Region östlich der Wildschweinbarriere begrenzt ist", sagte Nonnemacher. Um festzustellen, ob das Virus bereits Schwarzwild westlich des festen Zauns infiziert hat, sucht die Stadt das Gebiet derzeit intensiv und großflächig nach Fallwild ab. Neben ortsansässigen Jägern und Menschenketten kommen auch Fallwildsuchhunde, Drohnen sowie der Polizeihubschrauber des Landes zum Einsatz. Wie die Märkische Oderzeitung (MOZ) berichtet, sei der Kadaver bereits am Anfang der Woche entdeckt worden. Frankfurt (Oder) zählt bislang zur sogenannten Pufferzone. Da der Wildschwein-Kadaver östlich des festen Zauns gefunden wurde, wird Frankfurt (Oder) nicht automatisch zur Kernzone erklärt. Die Stadt Frankfurt (Oder) hat für kommenden Freitagvormittag (5. März) einen Krisenstab einberufen, der die weitergehenden Maßnahmen abstimmen soll.

Quelle: topagrar.de

Afrikanische Schweinepest: Bundeslandwirtschaftsministerium erreicht Einigung 05.03.2021

Nach dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) bei Wildschweinen in Deutschland hatten zahlreiche Drittländer mit einem Einfuhrverbot für deutsches Schweinefleisch reagiert. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat in intensiven Verhandlungen erreicht, dass einige Drittländer das sogenannte "Regionalisierungskonzept" akzeptieren. Das bedeutet, dass der Export von Schweinefleisch aus ASP-freien Gebieten möglich ist. Eine solche Vereinbarung ist kürzlich auch mit Vietnam gelungen: Deutschland kann ab sofort wieder frisches Schweinefleisch nach Vietnam exportieren.

Zudem hat das Ministerium Folgendes erreicht:

- Nach intensiven, fachlichen Verhandlungen hat Singapur ebenfalls erst kürzlich einer Regionalisierung zugestimmt.
- Zudem ist es gelungen in Verhandlungen mit Brasilien, Argentinien, Südafrika und Südkorea Ausnahmen von der vollständigen Exportsperre für behandelte/verarbeitete Schweinefleischerzeugnisse oder Produkte vom Schwein zu erreichen.
- Bereits zeitnah nach dem Erstnachweis der ASP bei Wildschweinen wurde erfolgreich verhandelt, dass Bosnien-Herzegowina und Kanada frisches Schweinefleisch von Betrieben aus ASP-freien Gebieten einführen.
- Thailand hat als erstes positives Signal die für drei Monate befristete Exportsperre nicht verlängert. Damit ist der Export für einzelne Unternehmen, die bisher schon von Thailand zugelassen waren, wieder möglich. Das BMEL hat das offizielle Marktöffnungsverfahren eingeleitet.

Darüber hinaus nutzt das Bundeslandwirtschaftsministerium derzeit – auch unter Einbeziehung des Bundeskanzleramtes – alle zur Verfügung stehenden Kontaktmöglichkeiten für die Regionalisierungsverhandlungen mit China.

Innerhalb der Europäischen Union ist der Handel mit Schweinefleisch weiter möglich, da das Regionalisierungskonzept für die ASP anerkannt ist. Entsprechend wird der innergemeinschaftliche Handel lediglich für jene Betriebe eingeschränkt, die im Restriktionsgebiet liegen.

Quelle: BMEL.de

Bundesländer wollen die Tierwohl-Abgabe 05.03.2021

Der Bundesrat stimmte heute (05.03.) dem Entschließungsantrag Niedersachsens zur Finanzierung des Umbaus der Nutztierhaltung zu. Darin wird noch für diese Legislaturperiode ein finanzielles und organisatorisches Konzept gefordert.

In seinem Entschließungsantrag vom 4. Februar 2021 spricht Niedersachsen sich für die Einführung einer Tierwohl-Abgabe für tierische Produkte als entscheidenden Baustein für die Neuausrichtung der Nutztierhaltung aus. Da die Mehrheit der Bundesländer den Antrag Niedersachsens heute unterstützte, fordert der Bundesrat die Bundesregierung jetzt auf, zeitnah konkrete Schritte einzuleiten. Die Vorbereitungen seien "unerlässlich und prioritär voranzutreiben", heißt es in der Entschließung. [...]

Weiter fordert der Bundesrat, die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Erzeugung bei mehr Tierwohl und höheren ökologischen Standards sicherzustellen. Außerdem soll die Umsetzung unbürokratisch und ohne Marktmachtmissbrauch in der Wertschöpfungskette ablaufen. Nach Auffassung von Otte-Kinast ist die wichtigste Botschaft aus der Machbarkeitsstudie, dass die Einführung der Tierwohl-Abgabe möglich sei.

Staatliches Tierwohllabel soll eingeführt werden: In der Einführung eines staatlich verpflichtenden Tierwohllabels sieht die Entschließung des Bundesrates einen wichtigen Baustein. Dies sei im Sinne der Verbraucher, die sich Informationen über die Haltung, den Transport und die Schlachtung der Tiere wünschten. Darüber hinaus böten die verschiedenen Stufen des Tierwohllabels gleichzeitig einen Anhaltspunkt, die Kosten für die Betriebe angemessen auszugleichen. [...]

LsV, BDM und Freie Bauern lehnen Tierwohl-Abgabe ab: Gegen die geplante "Tierwohlsteuer" sprechen sich die Land schafft Verbindung-Initiativen (LsV) aus Bayern, Schleswig-Holstein, Ostfriesland, Baden-Württemberg und Sachsen, der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) und die Freien Bauern aus. Damit lehnten die Organisationen auch die Auffassung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) ab, heißt es in einer Presseinformation des BDM. [...]

Auf die finanziellen Risiken und Abhängigkeiten, die sich aus der Tierwohlsteuer ergäben, weist Hans Foldenauer, Sprecher des BDM, hin. Ein zeitlich begrenztes Umbauprogramm sei für Fortschritte beim Tierwohl nicht geeignet. Stattdessen müssten die Tierhalter gegenüber großen Molkerei- und Schlachthofkonzernen, Handelsketten sowie Billigimporten aus Übersee gestärkt werden, so Foldenauer.

Quelle: agrarheute.com

Bundesverband Rind und Schwein (BRS) unterstützt Entscheidungen des Bunderats, 05.03.2021

Der Bundesverband Rind und Schwein e.V. (BRS e.V.) möchte eine Nutztierhaltung, die gesellschaftlich akzeptiert und zukunftsfähig ist. Daher unterstützen wir die Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung für den Umbau der Nutztierhaltung und den Bundesratsbeschluss vom 5. März 2021. Die Entschließung des Bundesrats zur Konzeption einer Finanzierungsstrategie inkl. einer Tierwohlabgabe ist hierbei ein wichtiger Schritt, lobt Dr. Nora Hammer, Geschäftsführerin des BRS e.V.

Besonders wichtig ist die zügige Entwicklung eines Finanzierungskonzepts, das landwirtschaftlichen Nutztierhalterinnen und Nutztierhaltern zukünftig eine angemessene Honorierung der Mehrkosten höherer Tierwohlstandards gewährleistet, ihnen eine wirtschaftliche Perspektive eröffnet und die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Erzeugung bei gesellschaftlich gewünschten höheren ökologischen und Tierwohlstandards sicherstellt, ist Dr. Nora Hammer überzeugt. Der BRS e.V. fordert, diese finanzielle Unterstützung jedem zukunftsorientierten Betrieb, unabhängig von Größe, Rechtsform oder Betriebsstandort zukommen zu lassen. Tierwohl ist unteilbar, stellt die Verbandsgeschäftsführerin klar.

Der BRS begrüßt insbesondere den Verweis auf die dringend notwendigen praxisorientierten Anpassungen im Bau- und Umweltrecht. Den schweinehaltenden Betrieben ist bewusst, dass ein Wertewandel in der Gesellschaft stattgefunden hat. [...]

Quelle: rind-schwein.de



Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 45,00 EUR

(08.03.21 - 14.03.21)

Vorwoche: 40,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 1,40 EUR

(03.03.2021)

Vorwoche: 1,30 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH Kulmbacher Str. 17 96197 Wonsees www.tieraerzte-wonsees.de Serviceteam Alsfeld An der Hessenhalle 1 36304 Alsfeld www.sta-alsfeld.de

